

■ Waffenstillstandsangebot im Donbass

Weder Krieg noch Frieden

Von Reinhard Lauterbach

Toi, toi, toi – zumindest den ersten halben Tag hat der Waffenstillstand im Donbass anscheinend gehalten. Selbst die ukrainische Seite gab am Donnerstag mittag bekannt, dass die »Terroristen« ihren Beschuss ukrainischer Stellungen deutlich reduziert hätten. Während – aber das wird im Stab der »Antiterrorcoalition« selbstverständlich nicht erwähnt – die ukrainische Seite bis kurz vor Mitternacht ihren Beschuss auf Wohnsiedlungen entlang der Frontlinie fortgesetzt hat, unter Einsatz von Granatwerfern und Artillerie. Sogar einen Infanterieangriff hätten ukrainische Soldaten noch einmal riskiert, gab das Militär der »Volksrepublik« Donezk bekannt.

Wie lange die Waffenruhe hält, muss sich zeigen. In aller Regel schießt die ukrainische Seite spät abends oder nachts – mit dem Ziel, die Bevölkerung der »Republiken« physisch und psychisch zu zermürben. Selbst die ukrainische Seite behauptet übrigens nicht mehr, dass die Volksmilizen anders als Stellungen des Kiewer Militärs beschossen. Bereits das macht einen gewissen Unterschied: ob man zivile oder militärische Ziele angreift.

Im Grunde findet im Donbass ein Schwarzer-Peter-Spiel statt. Der ukrainische Beschuss taugt nicht, um die militärischen Kräfteverhältnisse zu ändern. Er kann damit nur ein Ziel haben: eine Gegenoffensive der Volkwehren zu provozieren – mit dem Ziel, mit dem Finger auf Russland zeigen zu können und die einschneidende Sanktionsbegeisterung in der EU zu beleben. Der

Waffenstillstand, den die »Volksrepubliken« ihrerseits seit Mittwoch Mitternacht ausgerufen haben, hat natürlich auch ein propagandistisches Ziel: Die Ukraine soll als diejenige Kriegspartei dastehen, der am Frieden und an den Minsker Vereinbarungen nichts gelegen ist. Ein mit dem Waffenstillstand einhergehendes Verhandlungsangebot der »Volksrepubliken« hat die Ukraine alsbald ausgeschlagen, und es ist nicht anzunehmen, dass das in Donezk und Lugansk irgend jemanden überrascht hat.

Sicherlich sind diese Angebote nicht ohne Wissen und Zustimmung Moskaus abgegeben worden. Russische Medien schreiben, in Genf sei es zwischen John Kerry und Sergej Lawrow auch um die Beruhigung der Ukraine-Front gegangen. Ob das stimmt, ist nicht zu überprüfen. Rein rational spräche einiges dafür: Der Donbass ist für Russland ebenso eine finanzielle Belastung geworden wie die Ukraine für USA und EU. Aus US-Sicht ist die Ukraine kein entscheidender Schauplatz ihrer globalen Auseinandersetzung mit Russland. Das spricht aber eher dagegen, dass Washington Kiew wirklich anhält, seinen Part bei der Deeskalation zu spielen. Denn sobald die USA zum Beispiel in Zentralasien die nächste Front gegen Russland aufgemacht haben, kommt ein auf Abruf wieder entflammbarer Konflikt im Donbass wie gerufen. Dann müsste Russland seine Kräfte aufteilen und sich verzetteln – genau darauf setzen die USA. »Im Osten nichts Neues« heißt nicht »Im Osten nichts Schlimmes«.

■ Gastredner des Tages

Dalai-Lama



Rolle spielen, könne indes dem Wohl der Erdenbewohner dienen. Es dürfe jedoch nicht überall auf die Religion gegründet werden, damit sich auch die rund eine Milliarde nichtgläubiger Menschen angesprochen fühlt: »Also brauchen wir Bildung über moralische Prinzipien, moralische Ethik, die nicht auf Religion gegründet ist, sondern auf wissenschaftliche Erkenntnisse und gemeinsame Erfahrung und den gemeinen Menschenverstand«, betonte der Dalai-Lama.

Letzterer jedoch setzt bei Seiner Heiligkeit regelmäßig aus, wenn er auf die Tibet-Frage zu sprechen kommt. Diese, so sein Appell in Strassburg, müsse »auf der Tagesordnung« bleiben, denn sechs Millionen Tibeter leben »in ständiger Angst« vor Beijings harter Linie. Einzig Druck aus dem Ausland könne Veränderung bewirken, interner Dialog scheidet da von vornherein aus.

Nach seinen politischen Empfehlungen an die Anwesenden senkte der Weise sein Haupt und betonte, dass er keine politische Rolle mehr habe: »Ich bin seit 2011 in Rente.« In Logik, das die Lektion nicht nur dieses Donnerstags, müsste der Mann auch in seinem »ganzheitlichen Bildungssystem« nachsitzen. (shu)

Zwar hat er sich offiziell längst in den Ruhestand verabschiedet, doch anders als sein Amtskollege Joseph Ratzinger alias Papst Benedikt XVI. ist der buddhistische Mönch Tenzin Gyatso, genannt Dalai-Lama, weiterhin als Reisender mit ideologischem Auftrag unterwegs. Am Donnerstag erleuchtete der 87-jährige, der sich weiterhin als »geistliches Oberhaupt der Tibeter« versteht, im Europarat in Strassburg die anwesenden Parlamentarier und Botschafter der 47 Staaten umfassenden Organisation mit einer Rede zur Lage in der Welt. Er »erwarte keine glücklichere Menschheit mehr« in seiner Lebenszeit und lieferte entsprechend düstere Prognosen für den Rest des 21. Jahrhunderts. Ein »ganzheitliches Bildungssystem«, in dem »innere Werte« eine größere

»Wir haben aus unseren Fehlern gelernt«

Linkspartei hofft, in Ostberlin Bürgermeister zu stellen. AfD könnte in einigen Bezirken Stadtratsposten besetzen. **Gespräch mit Evrim Sommer**

Sie sind Bezirksbürgermeisterkandidatin der Partei Die Linke in Berlin-Lichtenberg. Ist es realistisch, dass Sie erfolgreich sein werden?

Die Linke ist in Lichtenberg trotz Verlusten bei den Wahlen 2011 immer noch die stärkste Kraft. Das wollen wir bleiben und die Bürgermeisterin stellen – wie sich das für die stärkste Partei gehört.

Lichtenberg wird immer wieder als Boombezirk bezeichnet. Stimmt das so?

21 Prozent der Lichtenberger Bevölkerung sind armutsgefährdet, 40 Prozent der Kinder und der Jugendlichen. Wenn dann die Lichtenberger SPD und die CDU von einem Boombezirk sprechen, klingt das für mich mehr als zynisch.

Wie will Die Linke das angehen?

Wir wollen durch den gezielten Einsatz von Fördermitteln der Konzentration von Armut entgegenwirken, etwa mit Hilfe von Quartiersfonds zur Stärkung der sozialen Strukturen in Kiezen. Auch Kinder aus armen Familien sind beispielsweise die Chance haben, den Tierpark zu besuchen und in den Ferien zu verreisen.

Von 2002 bis 2011 hat Ihre Partei mit der SPD die Regierung in dem Land gestellt und warf dabei ihre sozialen Grundsätze über Bord. Wie wollen Sie die Leute überzeugen, nun in Lichtenberg trotzdem für Die Linke zu stimmen?

Damals gab es in Berlin eine andere Situation. Die Koalition aus CDU und SPD hatte uns einen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen. Berlin befand sich in einer Haushaltsnotlage. Es war aber ein ganz klarer Fehler, die Wohnungsbaugesellschaft GSW



Evrim Sommer (Die Linke) ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

zu verkaufen. Wir haben aus unseren Fehlern gelernt. Und wir wurden dafür von den Wählern abgestraft. Allmählich gewinnen wir das Vertrauen der Menschen zurück, und das dürfen wir nicht verspielen.

Sehen Sie die AfD als Gefahr?

Die Partei schürt Ängste und macht gegen Migranten mobil. Sie bietet aber keine Lösungen. Wir hören den Menschen zu und bieten Lösungen an. Es gibt dringende Probleme, die wir angehen wollen.

Welche?

Wir müssen schnell und effektiv der sozialen Spaltung im Bezirk entgegenwirken. Wir müssen uns darum kümmern, dass mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Wir brauchen mehr Investitionen in soziale Infrastruktur, und wir brauchen dringend ein funktionierendes Flüchtlingskonzept. So etwas geht nur mit uns – und das müssen wir den Menschen vermitteln.

■ Abgeschrieben

■ Das »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung« lädt am heutigen Freitag zu einer Mahnwache verbunden mit einer »alternativen Gehsteigerberatung« ab 18 Uhr vor die Bibliothek des Konservatismus in der Berliner Fasanenstraße ein.

»Mit spontanen Aktionen und Redebeiträgen wollen wir der vielen Frauen weltweit gedenken, die aufgrund einer restriktiven Gesetzgebung den Versuch eines Schwangerschaftsabbruchs mit ihrem Leben bezahlen mussten«, erklärt Ines Scheibe, Bündniskoordinatin und selbst für den Humanistischen Verband in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätig.

In der Bibliothek soll zur selben Zeit eine Veranstaltung zum »Marsch für das Leben« der selbsternannten »Lebensschützer« stattfinden, bei der Hedwig von Beverfoerde zum Thema »Existenzielle Werte verteidigen – Der Kampf für Ehe, Familie und Leben« spricht. »Wir wollen die Besucher der Veranstaltung vorab im Rahmen der »alternativen Gehsteigerberatung« aufklären, welche tödlichen Folgen ihre Politik für Frauen in Deutschland haben kann und weltweit bereits hat«, so Scheibe. »Außerdem wollen wir die Öffentlichkeit mobilisieren, am Son-

abend an dem Aktionstag »Mein Körper – meine Verantwortung – meine Entscheidung. Weg mit Paragraph 218!« ab 13.30 Uhr am Brandenburger Tor teilzunehmen.«

■ Zu den wiederholten Ausschreitungen im Stadtzentrum von Bautzen erklärt der Bautzener Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag, Heiko Kosel:

Es besteht die Gefahr, dass Bautzen zum Beispiel einer gefährlichen Polarisierung der Gesellschaft wird: Es gibt auf der einen Seite viele Ehrenamtliche und auch Initiativen, die sich in vorbildlicher Weise um die Integration von Geflüchteten kümmern, auf der anderen Seite agiert eine straff organisierte rechte Szene, die im Wechselspiel mit sympathisierenden Bürgern Alltagsrassismus verbreitet. Ich begrüße die Aussagen des Oberbürgermeisters, dass der Eskalation klar entgegengetreten werden muss – sowohl mit Ordnungsmaßnahmen als auch mit Sozialarbeit, wenn diese nicht nur begleitend, sondern auch engagiert gewaltpräventiv ist.

Es bedarf aber unbedingt einer Beschleunigung der Verfahren, die dafür sorgt, dass die Strafe wirklich spürbar sofort auf dem Fuße folgt. Bei der

Laut Umfragen hat die AfD in Ostberlin jedoch starken Zulauf. Ist Ihre Kandidatur auch ein Signal gegen diesen Rechtsruck?

Wenn Sie auf meinen Migrationshintergrund anspielen – ich bin zuallererst Lichtenbergerin. Hier ist seit mehr als zehn Jahren mein Lebensmittelpunkt. Hier habe ich meinen Mann kennengelernt, hier wächst meine Tochter auf. Dieser Stadtbezirk ist meine Heimat, und ich will hier nie mehr weg. Außerdem bin ich hier gut verankert. 2006 und 2011 habe ich meinen Wahlkreis in Hohenschönhausen direkt gewonnen. Übrigens jeder fünfte Lichtenberger spricht Deutsch nicht als Muttersprache. Das ist mehr als der Berliner Durchschnitt. Ich setze mich natürlich auch für diese Menschen ein.

Wahrscheinlich ist, dass die AfD in einigen Bezirken Stadträte stellen könnte, so auch in Lichtenberg. Wird Die Linke kategorisch AfD-Stadtratskandidaten nicht wählen?

Zunächst lehne ich Spekulationen vor der Wahl ab – das hilft nur der AfD. Wir werden mit den anderen demokratischen Parteien Mittel und Wege vereinbaren, damit dieser Partei so wenig wie möglich eine Bühne geboten und sie stattdessen entzaubert wird. Es wäre außerdem verheerend, wenn sich demokratische Parteien mit den Stimmen der AfD Mehrheiten und damit Bürgermeister oder Stadtratsposten sichern. Das wäre ein katastrophales Signal. Wir müssen unsere Schritte bis zum Ende durchdenken. Die AfD spielt die Antiestablishmentkarte und versucht so, Sympathien einzuheimsen. Immer wieder stellt sie sich als Opfer der Ausgrenzung von etablierten Parteien dar.

Interview: Markus Bernhardt

Auseinandersetzung mit antisorbischer Gewalt hat es sich gerade unlängst in unserer Region gezeigt, dass überlange Verfahren und sich hinschleppende Ermittlungen keine abschreckende Wirkung entfalten. Außerdem wünsche ich mir eine stärkere Schulung von Polizei und Justiz zur Verfolgung von Hasskriminalität, ob im Netz oder auf der Straße.

Bautzen darf jetzt nicht zum Wallfahrtsort der landes- und bundesweiten rechten Szene werden, mit denen die Bautzener rechte Szene gut vernetzt ist. Ich habe den Eindruck, es geht ihnen inzwischen darum, einen »national befreiten Kormarkt« zu schaffen. Als Kampfansage an die Zivilgesellschaft nicht nur in der Oberlausitz. Hier erwarte ich von den Sicherheitsbehörden eine klare Ansage und entschiedenes Handeln. Dies darf nicht darin bestehen, wie offenbar schon geschehen, dass Geflüchteten von der Polizei empfohlen wird, den Platz vor sich halber zu verlassen. Das darf kein Maßstab sein, denn dies wäre eine Kapitulation vor Menschenfeinden. Hier diene als Orientierung die Mahnung des Oberbürgermeisters: Es kann nicht sein, dass Bautzen zum Spielplatz von gewaltbereiten Rechten wird.